59. Jahrgang No. 418

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 6. September 1911

Ausschußarbeit.

Der Protest der „Gutgesinnten".

Im heutigen Morgenblatt haben wir den Protest der „christlichen" und sonstigen reaktionären Arbeiter sowie der Gesinnungsverwandten antisemitischen Handlungsgehilfen wiedergegeben, der sich gegen die Generalstreikpropaganda einiger Redner des brandenburgischen sozialdemokratischen Parteitages richtet.

Der Protest wird schon wegen seines schwülstigen Stils und wegen des demonstrativen Kokettierens mit der „Gutgesinntheit" der Urheber auf den Leser abstoßend gewirkt haben. Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.

Bei näherem Zusehen wird man aber auch weiterhin nicht übersehen können, daß die Zahl der 1¼ Million Arbeiter, mit der die Protestler um sich herumprotzen, im vorliegenden Falle nicht das mindeste zu bedeuten hat, es sei denn, daß diese Zahl die wirkliche Meinung gänzlich irreführt. Denn nicht als die auf dem ordnungsmäßigen Versammlungswege festgestellte Willensmeinung jener 1¼ Million tritt uns der phrasenhafte Protest entgegen, sondern als richtige Ausschußarbeit. Nur die drei Männer vom „Ausschuß" des deutschen Arbeitskongresses haben das Dokument der „Gutgesinntheit" unterzeichnet und hergestellt. Daß der „Aufruf" dieser ganzen drei Mann den 1¼ Million Arbeitern vorher bekannt gemacht und von ihnen in regelrechten Vereinsversammlungen mit Vereinsabstimmungen gutgeheißen und angenommen worden sei, davon hat man kein Sterbenswörtchen gehört.

Gibt aber der Aufruf nicht die regelrecht festgestellte Meinung der prahlerisch vorgeführten 1¼ Million Arbeiter wieder, ist er nur die Ausschußarbeit von sage und schreibe drei kochenden Mannesseelen, dann wäre es besser gewesen, die drei Protestler hätten ihren gutgesinnten patriotischen Zorn für sich behalten, anstatt ihn mit Hilfe des Wolffschen Telegraphenbureaus in alle Winde hinauszutelegraphieren zu lassen.

*

Wir wiederholen bei dieser Gelegenheit, was wir schon vor ein paar Tagen gesagt haben: Die Angst vor einem Generalstreik bei dem „nächsten Kriege" mutet schon deswegen komisch an, weil mit dem Ausbruch eines frevelhaft heraufbeschworenen Krieges ganz von selbst tausende von Betrieben stillgelegt werden. Sollen wir das noch näher beleuchten? Oder ist es nicht so einfach, daß sich das nicht jedermann ohne weiteres sagen kann?

Die amtliche Statistik ergibt, daß es im ganzen Deutschen Reiche an wehrfähigen Männern vom militärdienstpflichtigen Alter an bis zum Schluß der Landwehrzeit 8 Millionen Deutsche gibt. Von diesen 8 Millionen werden für die Kriegsführung 4¼ Millionen auf die Beine gebracht. In den Kontoren, in den Fabriken, in der Landwirtschaft, im Transportgewerbe (bei den Straßenbahnen usw.), in allen anderen gewerblichen Betrieben werden also nicht mehr halb so viel Menschen tätig sein können, wie jetzt. Der Acker bleibt zur Hälfte unbestellt liegen; viele Betriebe werden einfach geschlossen werden müssen. Für die Zurückbleibenden kann nicht genug Vieh geschlachtet, nicht genug Brot gebacken werden; sind sich doch hervorragende Militärschriftsteller darüber einig, daß, wenn heute eine Armee von 4¼ Millionen Menschen aus dem Volke herausgenommen wird, der zurückbleibende Teil des Volkes der Gefahr des Verhungerns genau so ausgesetzt ist, wie die Armee von 4¼ Millionen Mann: Der Militarismus in seiner höchsten Entwickelung trägt auf diese Weise den Keim seiner eigenen Vernichtung in sich! Dies ist auch der Grund, warum jede Regierung Europas, die sich ihrer ungeheuren Verantwortung bewußt ist, den berühmten „nächsten europäischen Krieg" vermeidet.

Es bedarf bei dieser Sachlage tatsächlich keiner Drohung mit dem Generalstreik, um die begreifliche und verständliche Scheu aller Regierungen vor dem Kriege zu verstärken; es bedarf deshalb aber auch keines schwülstigen Protestes gegen einen Generalstreik, dessen Wirkungen sich ohne jegliche sozialdemokratische Mitläuferschaft von selbst einstellen, sobald 4¼ Millionen Menschen aus dem Erwerbsleben herausgezogen und auf das Schlachtfeld geführt werden.

Hiernach ist die „Ausschußarbeit" der drei Mann einzuschätzen, deren Elaborat nicht um einen Pfifferling mehr wert gewesen wäre, auch wenn sie mit 20¼ Millionen statt mit 1¼ geprotzt hätten.

Eine entscheidende Niederlage Mohammed Alis.

(Telegraphischer Bericht.)

Teheran, 6. September.

Wenige Meilen von hier kam es gestern zu einer entscheidenden Schlacht. Die zumeist aus Turkomanen bestehenden Truppen Sardar Arschads wurden vollkommen überrascht. Die Sache des früheren Schahs erlitt einen Schlag, von dem er sich voraussichtlich nicht erholen wird. 300 Mann, darunter Sardar Arschad, wurden gefangen genommen; vier feindliche Kanonen wurden erbeutet. Die Regierungstruppen machten auch sonst reiche Beute. Sardar Arschad, der verwundet ist, wird hingerichtet werden.

Kurze Chronik.

In Kiel hielt heute vormittag, nach der Abreise des Erzherzogs Franz Ferdinand, der Reichskanzler dem Kaiser einen längeren Vortrag.

* In Württemberg wurden in der vergangenen Nacht Erdbeben wahrgenommen.

* In der maßgebenden Pariser Presse ist man übereinstimmend der Ansicht, daß es auf Grund der neuen Besprechungen nunmehr zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos kommen wird.

Der Hafenarbeiterstreik in Bristol ist beigelegt worden.

* In der Nähe von Teheran sind die Truppen des Exschahs unter Sardar Arschad entscheidend geschlagen worden.

* Näheres im Text des Blattes.

Die deutschen Forderungen.

Der gestern abend veröffentlichten offiziösen deutschen Beruhigungsnote folgen jetzt aus Paris Kundgebungen ähnlicher Art. Auf Grund des gestern nachmittag dort eingetroffenen Berichtes des Botschafters Cambon über seine Unterredung mit Herrn v. Kiderlen-Waechter, glaubt der „Petit Parisien" darauf schließen zu dürfen, daß die deutsche Regierung bereit sei, in eine Aenderung des politischen Regimes in Marokko zu willigen und sich mit einer parlamentarischen Kontrolle Marokkos durch Frankreich einverstanden zu erklären. Die Hauptpunkte sollen bereits geregelt sein.

Ueber diese Hauptpunkte verbreitet jetzt die „Köln. Ztg." an leitender Stelle eine Darlegung der „Münch. Neuest. Nachr." die das offiziöse rheinische Blatt für richtig hält. Da heißt es:

1. Frankreich hat sowohl die Akte von Algeciras als auch das deutsch-französische Abkommen von 1909 verletzt. Außer Deutschland hat bisher keine andere Macht dagegen Einspruch erhoben.

2. Deutschland hat niemals den Marsch nach Fes gebilligt. Es schritt ein, als die Nachricht von dem zwischen Minister Pichon und dem scherifischen Gesandten El Mokri zu Paris geschlossenen Geheimvertrag Frankreichs mit dem Sultan bekannt wurde, der die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko völlig beiseite schob.

3. Die äußere Veranlassung für die Entsendung des „Panther" nach Agadir war tatsächlich der Ruf deutscher Grundbesitzer und Kaufleute nach Schutz. Mit der „Panther"-Expedition hat Deutschland in keiner Weise die Akte von Algeciras verletzt, sondern nur seiner Pflicht genügt, Reichsangehörigen Schutz zu gewähren.

4. Die Reichsleitung war von Anfang an auf die Aktion Großbritanniens zu gunsten Frankreichs gefaßt, hat nie geglaubt, daß Großbritannien ruhig beiseite stehen würde, ist durch die antideutsche Haltung Großbritanniens nicht überrascht worden und war stets entschlossen, eine Teilnahme Großbritanniens an den deutsch-französischen Verhandlungen nicht zuzulassen. Die Einmischung Großbritanniens hat Frankreich nichts genützt. Wie wenig Gutes man aber auch von Großbritannien erwartet hat — erstaunt war man doch und entrüstet über die Masse von Bösartigkeit, deren Symptom Cartwrights Interview mit Dr. Sigm. Münz ist.

5. Die deutsche Position war von Beginn an festgelegt durch Kaiser, Kanzler, Kiderlen. An ihr ist im Grundsatz nichts geändert worden. Von einem Zurückweichen ist keine Rede.

6. Im Plan der Reichsleitung lag niemals die Erwerbung eines Teiles von Marokko; keine Kohlen-, Flotten- oder Hafenstation.

7. Dagegen liegt im Plane Deutschlands die volle Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen in Marokko, die vertragsmäßige Beteiligung an Lieferungen und Unternehmungen, an Grunderwerb und Minenrechten, die volle Handelsfreiheit.

8. Politisch scheidet Deutschland aus Marokko aus. Doch bleibt die Akte von Algeciras der Form nach bestehen. Frankreich muß sich darüber mit den anderen Signatarmächten verständigen. Deutschland hat damit nichts weiter zu tun.

Hierzu bemerkt die „Köln. Ztg.":

Das heißt mit anderen Worten: Deutschland beharrt bei dem Bismarckschen Grundsatz, daß wir politische Interessen in Marokko nicht haben, es erstrebt also nicht die Abtretung Südmarokkos. In Anbetracht der großen Interessen Frankreichs in Marokko und der zu ihrer Wahrung aufgerufenen Mittel läßt Deutschland in Marokko Frankreich freie Hand. Dagegen fordert es zuverlässige Bürgschaften zur Wahrung seiner Wirtschafts- und Handelsinteressen und angemessene koloniale Entschädigungen für den kolonialen Machtzuwachs Frankreichs. Wie diese Bürgschaften und wie diese Entschädigungen beschaffen sein werden, ist noch Gegenstand der Verhandlungen und entzieht sich bis jetzt der öffentlichen Kenntnis. Da Frankreich offenbar die Berechtigung der deutschen Ansprüche anerkannt hat — es würde sonst nicht in Verhandlungen eingetreten sein — vertrauen wir nach wie vor, daß man zu einer Verständigung gelangen, daß die marokkanische Frage endgültig als der Stein des Anstoßes aus den deutsch-französischen Beziehungen ausscheiden wird und daß unsere braven Reservisten und Landwehrleute getrost zu Weib und Kind, auf Haus und Hof zurückkehren dürfen.

Wie uns ein Privat-Telegramm meldet, hat nach einer Meldung des „Echo de Paris" das französische Auswärtige Amt dem Londoner Kabinett unverzüglich Mitteilung von dem Ergebnis der Berliner Besprechungen gemacht. Man scheint in eingeweihten Kreisen zu glauben, daß die Unterhandlungen mindestens noch eine Woche dauern werden, bevor eine prinzipielle Verständigung erzielt ist. Immerhin war der Eindruck von gestern der, daß eine volle Verständigung zu erwarten sei.

Der Stettiner Sparkassensturm.

(Telegraphischer Bericht.)

Stettin, 6. September.

Der Andrang zu den Rückzahlungsschaltern der städtischen Sparkasse ist heute morgen noch ebenso stark wie am gestrigen Vormittag. Die Bemühungen der Kassenbeamten um die Beruhigung des Publikums sind nur von geringem Erfolg begleitet. Das sind die Folgen der unverständigen Kriegshetze!

Eine Schiffskatastrophe in Peru.

81 Personen ertrunken.

(Telegraphische Berichte.)

Lima (Peru), 6. September.

Der peruanische Dampfer „Tucapel", der den Dienst zwischen Valparaiso und Panama versehen hat, ist in der Nähe der Hafenstadt Tucapel gesunken. Bei dem Schiffbruch sind 81 Personen umgekommen.

Weitere Schiffsunfälle.

Lissabon, 6. September.

An der portugiesischen Küste, in der Nähe von Lissabon, ist der Dampfer „Fert" mit der Bestimmung nach Genua auf Felsen aufgelaufen. Vier Boote mit Passagieren und Besatzung dieses Dampfers sind an der portugiesischen Küste eingetroffen. Ein englischer Dampfer, der den Dienst von England nach Australien versieht, ist in Gibraltar beschädigt angekommen. Er ist in den portugiesischen Gewässern mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen. Der englische Dampfer, der den Namen „Moramey" führt, hat schwere Beschädigungen am Bug erlitten. Man vermutet, daß er mit dem Dampfer „Fert" zusammengestoßen ist.

Erdbeben in Württemberg.

(Telegraphischer Bericht.)

Stuttgart, 6. September.

Heute nacht wurden in Ebingen und Bechingen Erdstöße **von mäßiger Stärke** und bis zu sechs Sekunden dauernd verspürt, die zwar keinen Schaden anrichteten, aber die Bevölkerung aus dem Schlafe weckten und erschreckten, weil sie mit starkem unterirdischem Rollen verbunden waren. Gläser klirrten, vereinzelt fielen Gegenstände von ihrem Platz, und Uhren blieben stehen, auch in Tübingen wurden die Erdstöße wahrgenommen.

Die deutschen Flottenmanöver.

(Telegraphischer Bericht.)

Kiel, 6. September.

Nachträglich wird noch gemeldet: Die gestrigen Vorführungen der Flotte nach besonderem Programm am Vormittag bestanden zunächst in einer Reihe von Evolutionen, an die sich ein längeres Feuergefecht schloß.

Während der Kieler Fahrt wurde ein Nachtgefecht mit einem Angriff der gesamten Torpedobootsflottille vorgeführt. Nach dem Einlaufen in den Kieler Hafen ging der Kaiser mit seinen Gästen wieder an Bord der schon vorher eingetroffenen Kaiserjacht. Der Kaiser hat viele Orden verliehen.

Erzherzog Franz Ferdinand ist um 9 Uhr 5 Minuten von hier abgereist. Der Kaiser geleitete seinen Gast zur Bahn. Die im Hafen liegenden Kriegsschiffe salutierten. Der Kaiser kehrte an Bord der „Hohenzollern" zurück.

Geht Jagow?

Man rechnet in Kreisen, die im allgemeinen als gut unterrichtet angesehen werden, wie die „N. G. C." bestätigt, mit der Wahrscheinlichkeit, daß der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Jagow, in nicht allzuferner Zeit ein Regierungspräsidium erhalten wird. Die meiste Aussicht als Nachfolger des Herrn v. Jagow im roten Hause am Berliner Alexanderplatz einzunehmen, hat, derselben Quelle zufolge, der gegenwärtige Breslauer Polizeipräsident Heinrich v. Oppen. Herr v. Oppen ist dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg persönlich dadurch bekannt, daß er früher Landrat des Kreises Oberbarnim war, zu dem Hohenfinow gehört. Er ist ein älterer Bruder des vortragenden Rates in der Reichskanzlei, Geheimen Regierungsrates Mathias v. Oppen. (Der Breslauer Polizeipräsident ist ein Mann der scharfen Tonart, wie ihn sich die Konservativen namentlich der Sozialdemokratie gegenüber wünschen.) Auch Herr Dr. v. Behr-Pinnow, der bisherige Kabinettsrat der Kaiserin, der demnächst von seinem Posten zurücktritt und durch den Landrat des Kreises Grafschaft Wernigerode, Freiherrn v. Spitzemberg, ersetzt wird, soll Regierungspräsident werden.

Um der Pflicht der Berichterstattung zu genügen, sei noch erwähnt, daß man dem Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen v. Windheim Rücktrittsgedanken nachsagt. Der Gesundheitszustand des Herrn v. Windheim ist nicht der allerbeste. Er leidet, wie er selbst sagt, an den Folgen seiner Ueberarbeitung während der Zeit, als er Polizeipräsident von Berlin war. Und auch für ihn hält Fama schon einen Ersatzmann bereit: den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Landrat a. D. Tortilowicz